



HESSISCHER LANDTAG

22. 08. 2017

Plenum

Antrag der Fraktion der FDP

betreffend unveränderte Probleme zum Schuljahresbeginn an hessischen Schulen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Überlastungsanzeigen und zunehmenden Belastungen der Lehrerinnen und Lehrer ernst zu nehmen und die Rahmenbedingungen so zu verändern, dass schnellstmöglich Abhilfe geschaffen werden kann. Der vorherrschende Personalmangel sowie die Wahrnehmung des gewandelten Aufgabenspektrums durch die steigende Heterogenität in der Schülerschaft, der Ausbau von Ganztags-schulangeboten, die Integration von Seiteneinsteigern und die Inklusion dürfen nicht zur permanenten Überlastung führen. Diesen wichtigen Aufgaben wird sonst ein Bärendienst auf dem Rücken aller Kinder und Jugendlichen, der Eltern und der Lehrkräfte erwiesen.
2. Der Landtag stellt fest, dass die stetig wiederkehrenden Verweise auf die bildungspolitischen Bemühungen der Landesregierung nicht ausreichen, um die Situation an den Schulen zu verbessern und optimale Lern- und Bildungsbedingungen für alle hessischen Schülerinnen und Schüler sowie zumutbare Arbeitsbedingungen für die Lehrkräfte zu schaffen.
3. Hessens Schülerinnen und Schüler brauchen ein flächendeckendes Förderschulangebot auf der einen Seite und die Verbesserung der Inklusion an Regelschulen auf der anderen Seite. Ziel der Schulpolitik darf deshalb nicht eine möglichst hohe Inklusionsquote sein. Entscheidend für eine Bildungspolitik, die sich klar am Kindeswohl orientiert, muss vielmehr immer das Kriterium sein, jedem Kind den für das einzelne Kind besten Förderort bereitzustellen.
4. Der Landtag stellt fest, dass die Realisierung von Inklusion, der Ausbau von Ganztagsangeboten, zusätzliche Sprachkurse und Integration wichtige gesellschaftliche Aufgaben sind, die nur erfüllt werden können, wenn eine entsprechende Ausstattung und ausreichend personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Die hierzu erforderlichen Stellen müssen nicht nur auf dem Papier zur Verfügung gestellt, sondern tatsächlich besetzt werden.
5. Der Landtag ist der Überzeugung, dass die offenen Stellen auch in Zeiten von Personalmangel mit qualifizierten Lehrkräften besetzt werden sollen, um nicht an Qualität zu sparen und sich dadurch an den Kindern und an unserer Zukunft zu versündigen. Die Arbeit mit multiprofessionellen Teams soll gerade mit Blick auf die veränderten Aufgaben und die präventiven Ansätze gestärkt und ausgebaut werden. Das Kultusministerium soll dementsprechend die Rahmenbedingungen gestalten und mit anderen Ressorts Möglichkeiten schaffen, um diese zu realisieren. Der vertikale und horizontale Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen Schulen und außerschulischen Akteuren wie beispielsweise Jugendamt, Betreuungseinrichtungen oder Integrationsassistenten müssen erleichtert und intensiviert werden. Hier bedarf es eines zusätzlichen Engagements der Kultusverwaltung, sodass die Lehrkräfte schnellstmöglich geeignete Ansprechpartner finden können, um Probleme frühzeitig anzugehen und sich nicht mit der Situation alleingelassen zu fühlen. Der bürokratische Aufwand und die zusätzliche Belastung dürfen nicht dazu führen, dass bei Schwierigkeiten weggesehen wird.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Reform der Lehrerausbildung fortzuführen, um angehende Lehrerinnen und Lehrer bereits frühzeitig und praxisorientiert im Umgang mit der Heterogenität auszubilden und für die individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes zu qualifizieren. Darüber hinaus ist ein besonderes (Weiterbildungs-) Programm für Lehrerinnen und Lehrer zu den oben genannten Themenschwerpunkten notwendig.

7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die zunehmende bürokratische Belastung der Lehrerinnen und Lehrer zu reduzieren und den Schulen zur Bewältigung der unvermeidlichen bürokratischen Belastungen Schulverwaltungsangestellte zur Verfügung zu stellen, damit sowohl Lehrkräfte wie auch Schulleitungen wieder die Zeit haben, sich auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren und die notwendige individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 22. August 2017

Der Fraktionsvorsitzende:
Rock